

EU verlangt konkrete Schritte beim Energiesparen

Der Verbraucher soll in Wohnungen und Häuser investieren. Kommission will mehr Druck machen

Von unserem Korrespondenten
Detlef Drewes

BRÜSSEL. Das Glühbirnen-Verbot bringt's nicht. Allen bisherigen Anstrengungen zum Trotz sind die EU-Mitgliedstaaten auf dem besten Weg, ihr selbst gestecktes Klimaschutzziel für das Jahr 2020 zu verfehlen. „Es gibt nicht genug Fortschritte bei der effizienten Nutzung von Energie“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso gestern in Brüssel. „Wir sind von ‚perfekt‘ noch weit

entfernt.“ Eigentlich wollte die Union innerhalb der nächsten zehn Jahre Energie um mindestens 20 Prozent effizienter nutzen. Doch es gibt keine konkreten Vorgaben wie beispielsweise bei den erneuerbaren Energien. Dort wird die Gemeinschaft ihre selbst gesteckte Marke von 20 Prozent bis 2020 sogar übererfüllen.

Nach einem Gutachten des Europäischen Windenergie-Verbandes EWEA werden am Ende dieses Jahrzehnts rund 34 Prozent der Energie aus Wind (14 Prozent in 2020), Wasser (10,5), Biomasse

(6,6) und Sonne (2,7) gewonnen. Gut ein Monat vor dem eintägigen Sondertreffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 4. Februar in Brüssel will Barroso die Mitgliedstaaten nun offen befragen, ob sie freiwillig in der Lage sind, die Energieeffizienz zu erhöhen oder ob die Kommission dazu detaillierte Vorgaben machen soll.

Der Weg dahin scheint klar: Der Verbraucher muss investieren. Vor allem in Wohnungen und Häuser. Rund 40 Prozent des Energieverbrauchs und 36 Prozent der Treibhausgasemissionen gehen auf

Kosten der Gebäude. Von neuen Heizungen über verbrauchsteuernde Thermostate, Isolierungen und Wärmeschutz-Verglasungen reichen die Vorschläge der Experten. Auf dem Tisch liegt ein Papier der Kommission, das ab 2018 bei allen Neubauten und renovierten älteren Häusern einen vollständigen Ausgleich vorsieht. Das heißt, ein Gebäude soll nur noch so viel Energie verbrauchen dürfen, wie es selber produziert.

Das Europäische Parlament hat sich bereits im Dezember hinter solche Forderungen gestellt: Rund

1 000 Euro könne eine vierköpfige Familie im Jahr einsparen, wenn ihr Wohnraum energieeffizient umgerüstet werde, sagt der CDU-Europa-Politiker Peter Liese. Sein Parteifreund Markus Pieper hält dagegen. Er bezweifelt, dass exzessiver Klimaschutz noch in einem vertretbaren Verhältnis zu den Kosten steht. Es sei unsinnig, wenn man mit europäischem Druck fordere, alle Häuser in Italien und Zypern winterfest zu machen.

Siehe Kommentar